

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung: im Voraus monatlich 2.— Mk., vierteljährlich 6.— Mk., halbjährlich 10.— Mk., jährlich 18.— Mk. — Redaktion: Am Sponthaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelnummern: Die 6-pfeiligen Zelle 1,30 Mk., von auswärts 2.— Mk. Abonnements: 2. Wohnungszustellung nach dem Tarif, die 2-pfeiligen Zelle 6.— Mk., von auswärts 8.— Mk. Bei Wiederholung halbiert. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expeditor: Am Sponthaus 6. — Telefon 720.

Nr. 178 | Dienstag, den 2. August 1921 | 12. Jahrgang

## Die Lebensfragen Deutschlands.

Hamburg, 2. Aug. Die „Neue Hamburger Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift von führender parlamentarischer Seite, worin festgestellt wird, daß sich das Ministerium Wirtschaftlich klar über die Notwendigkeit seines Rücktritts sei, falls es in der obereschlesischen Frage und in der Angelegenheit der Sanktionen keinen Erfolg erzielt. Das Parlament teilt in seiner überwiegenden Mehrheit den Standpunkt der Regierung. Von der Entscheidung über Oberschlesien und über die Sanktionen hänge also das Schicksal des Kabinetts Wirtschaftlich, das Schicksal Deutschlands und darüber hinaus das Schicksal eines großen Teiles der Welt ab. Diese Entscheidung würde ihre vernichtende Wirkung aber nicht bloß dann ausüben, wenn sie zu ungunsten Deutschlands und der Berechtigten erginge, sondern auch eine weitere Verschleppung, sei es durch eine Verschleppung der Konferenz, sei es auch durch eine internationale Verwaltung des Industriegebietes unter Ausübung der endgültigen Zuteilung, wäre ebenso unerträglich wie eine positive ungünstige Entscheidung.

## Am Ende ihres Lateins.

Kopenhagen, 1. Aug. „Politiken“ veröffentlicht eine Petersburger Meldung, wonach dort Gerüchte verbreitet würden, daß die Sowjetregierung gegenüber den Menschewitschen eine Erklärung abgegeben habe, daß sie der Lage in Rußland nicht gewachsen sei. Sie sei bereit, mit allen Parteien das Schicksal Rußlands zu bestimmen und sie verlange, daß das eingesetzte Hilfskomitee, in dem die Bolschewisten nur schwach vertreten seien, die Macht übernehmen soll.

## Der Zug des Elends.

Kopenhagen, 1. Aug. Nach einer Meldung des Rostauer Blattes „Iswestija“ beläuft sich die Zahl der hungernden Bewohner in Ostrußland, die auf Rostau zu marschieren, auf über sechs Millionen. Am 20. Juli erreichten sie die Stadt Gambow, nachdem sie die ihnen entgegengegangenen Truppen in die Flucht geschlagen hatten. Sie plünderten alle Vorräte und töteten sämtliche Pferde. Die Truppen, denen der Schutz der Stadt anvertraut war, hatten sich geweigert, auf die Menge zu schießen.

Kopenhagen, 1. Aug. „Politiken“ wird aus Riga telegraphiert: Antikla wird mitgeteilt, daß die Cholera im Gouvernement Samara furchtbar wütet. Allein in der Stadt Samara kommen täglich 400 neue Fälle vor. Im Gouvernement Samara gibt es bereits über 40 000 von ihren geschwächten Eltern verlassene Kinder.

Trotsky erklärte in einer Unterredung, daß das verbreitete Gerücht von einer Mobilisierung Sowjetrußlands gegen Polen, Rumänien und Lettland eine freche imperialistische Lüge sei.

## Polnische Vertretung in Oberschlesien.

Beuthen, 1. Aug. Wie die polnischen Blätter melden, wurde ein polnischer oberster Volksrat für Oberschlesien ins Leben gerufen, zu dem 12 Leiter der polnischen Parteien und Gewerkschaften gehören. An der Spitze des Volksrates steht ein vorkriegsständiges Präsidium. Der Volksrat hat seinen Sitz im Hotel Komnik in Beuthen. Seine wichtigste Aufgabe nennt der Volksrat den Schutz der Interessen der polnischen Bevölkerung und deren Vertretung bei der interalliierten Kommission.

## „Berechte Lösung der obereschlesischen Frage!“

London, 1. Aug. (Reuter.) Im Unterhause erklärte Lloyd George auf eine Anfrage, die britische Regierung sei bei den jüngsten Auseinandersetzungen mit Frankreich lediglich von dem Wunsche geleitet gewesen, eine gerechte Lösung der obereschlesischen Frage in Gemäßheit des Abstimmungsergebnisses und der Bestimmungen des Friedensvertrages zu sichern. In Beantwortung von Zwischenrufen erklärte Lloyd George, es sei die Aufgabe der britischen Regierung, darüber zu wachen, daß Polen und Deutschen in gleicher Weise völlig rechtmäßige Behandlung zuteil werde. Lloyd George erklärte, er glaube, daß auch das Verfahren gegen die Kriegsschuldigen auf der Tagung des Obersten Rates Gegenstand der Erörterung sein werde.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ werden die obereschlesischen Kreise Bloch und Rabnit zurzeit von einer englischen Kommission bereit, die sich im Auftrage der engli-

schen Regierung über die Stimmung der dortigen Bevölkerung unterrichten soll. Demnach zufolge, will anscheinend die englische Regierung den Bericht dieser Kommission bei der Entscheidung über Oberschlesien und speziell auch bei diesen beiden Kreisen verwenden.

## Die Einladung des Obersten Rates.

London, 1. Aug. Die Reuter erfährt, hat Briand heute vormittag den Vorschlag, die Tagung des Obersten Rates am 8. August in Paris stattfinden zu lassen, zustimmend beantwortet. Lloyd George, Lord Curzon und andere Kabinettsmitglieder werden am Sonntag abreisen. Es herrscht hier das Empfinden, daß die Tagung nur wenige Tage dauern wird, da die britischen Minister in London Dringendes zu erledigen haben. Der italienische Ministerpräsident und der italienische Minister des Auswärtigen werden ebenfalls in Paris sein.

Paris, 1. Aug. (W. I. B.) Die Einladungen zur Sitzung des Obersten Rates, welche auf Montag, den 8. August festgesetzt worden ist, werden heute abend an die beteiligten Mächte abgesandt werden.

## Die Streikwelle in Polen.

O. G. Warschau, 30. Juli. (Drahtbericht.) Der Streik in Lodz dauert an und zeigt eine Tendenz zur Verschärfung. Es streiken die Textil-, Werberel-, und Metallarbeiter und das Apothekenpersonal. Die Verhandlungen in der Textilindustrie sind ergebnislos geblieben, da die Arbeitgeber eine Lohn-erhöhung von nur 30 Prozent zugestanden, während die Arbeitnehmer 50 Prozent verlangten. Eine in Lodz zusammengesetzte Konferenz von Vertretern der polnischen sozialistischen Partei neigenden Gewerkschaften hat einen Volksausschuß gewählt, der einen allgemeinen Sympathiestreik zur Unterstützung der Textilarbeiter durchführen soll. Ihrerseits setzt die Regierung die bereits in Angriff genommenen Vermittlungsversuche fort und der Arbeitsminister Darowski hat für Anfang der kommenden Woche eine Sitzung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern nach Warschau einberufen. In Warschau ist eine Lohnbewegung unter den Arbeitern und Angestellten der städtischen Betriebe im Gange. Ein „italienischer“ Proteststreik soll die Lohnforderungen unterstützen. In Kongresspolen und den östlichen Randgebieten haben die niederen Gerichtsbeamten einen eintägigen Proteststreik durchgeführt, um die Regierung zu bewegen, die seit langer Zeit in Aussicht gestellte Besserung ihrer materiellen Lage nunmehr durchzuführen.

Lodz, 31. Juli. (P. A. I.) Der Streik in der Textilindustrie ist beendet. Die Arbeiter haben eine Lohn-erhöhung von 40 Prozent erlangt.

## Beleidigung des Reichspräsidenten.

Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert stand vor der Ferninstanz des Landgerichts 1 Berlin der Handlungsgehilfe Erich Schulte. Anlässlich des Ablebens der früheren Kaiserin entstand in der Werkstatt der Firma, bei der der Angeklagte beschäftigt ist, eine politische Debatte, bei der der rechtsstehende Angeklagte den Standpunkt vertrat, daß die frühere Kaiserin sehr viel Gutes getan habe. Diese Äußerung rief lebhaften Widerspruch hervor. Der Angeklagte geriet in lebhafteste Erregung und verfiel schließlich zu der Äußerung: „Euer Ebert ist ja alle Tage besoffen wie ein Schwein!“ Diese grobe Beleidigung wurde von den Zeugen des Vorfalls dem Reichspräsidenten mitgeteilt, der Strafantrag wegen Beleidigung stellte. Der Staatsanwalt beantragte 1 Monat Gefängnis. Das Gericht hielt bei der bisherigen Unbescholtenheit und der Jugend des Angeklagten, der die Äußerung offenbar in der politischen Erregung getan habe, eine Haftstrafe von 1 Woche als angemessene Sühne und bewilligte dem Angeklagten auch eine Bewährungsfrist von drei Jahren.

Dieses Urteil ist, wie bisher fast alle Urteile wegen Beleidigung des Reichspräsidenten, von einer überraschenden Milde. Es wäre hiergegen nichts einzuwenden, wenn man den gleichen Maßstab auch in anderen Fällen anlegen würde. Man gewinnt jedoch mehr und mehr den Eindruck, daß die Zubilligung mildernder Umstände etwas einseitig verteilt wird. Die Korrespondenz, die diesen Bericht verbreitet, meint, daß der Prozess an die verflochtenen Ära der Weimarer Republik eine Erinnerung sei. Wie vollkommen abwegig diese Auffassung ist, beweist die Tatsache, daß der Reichspräsident hunderte ihm zur Kenntnis gelangte schwere Beleidigungen ungeführt hat durchgehen lassen. Es wäre geradezu absurd, daß der Reichspräsident sich immer und grundsätzlich von jedem Kröpfel in seiner Ehre angreifen lassen soll, ohne hiergegen einzuschreiten.

## Können wir sozialisieren?

Von Max Sachs.

Vor einigen Wochen leistete sich im Reichstag der demokratische Führer Petersen die fühne Behauptung, die Sozialisierung wäre für die Sozialdemokratie nur eine Schaufensepuppe. Gewiß ist man sich in der Sozialdemokratie darüber klar, daß nicht von heute auf morgen die ganze Wirtschaft sozialisiert werden kann, aber wenn Petersen im Recht wäre, so hätte unsere Partei überhaupt keine Existenzberechtigung mehr. Wir haben nicht die geringsten Ursachen, unsere sozialistischen Ziele aufzugeben. Die moderne hochkapitalistische Entwicklung liefert uns immer neue Beweise für die Notwendigkeit, auf der Bahn zum Sozialismus vorwärts zu schreiten, und diese Entwicklung schafft auch immer mehr die Vorbedingungen für die Durchführung der Sozialisierung.

Ein wichtiges Stück Sozialisierungsarbeit kann von den Genossenschaften geleistet werden. Aber es ist auch durchaus möglich, die Zahl der Wirtschaftsbetriebe, die sich im Eigentum von Staat, Gemeinden oder Kommunen befinden, zu vermehren. Von den Gegnern des Sozialismus wird in der Regel Sozialisierung einfach mit Bürokratisierung gleichgesetzt und es wird behauptet, daß staatliche und kommunale Betriebe in der Regel schlechte Ergebnisse erzielen. Diese Behauptungen sind vielfach übertrieben. Wir haben mit unseren Staats- und Gemeindebetrieben oft sehr gute Erfahrungen gemacht, und wenn heute diese Betriebe häufig mit Fehlbeträgen arbeiten, so liegt das zum großen Teil daran, daß sie ihre Preise nicht in demselben Maße wie private Betriebe erhöhen dürfen und daß sie entbehrliche Arbeitskräfte nicht rücksichtslos auf die Straße werfen wie der Privatunternehmer.

Freilich für sehr viele Wirtschaftszweige wäre der Staats- und Gemeindebetrieb in der hergebrachten Form nicht geeignet. Ihm haftet leicht eine gewisse Schwerfälligkeit an. Die Leitung ist von Vorgesetzten und Parlamenten abhängig, bei Neuanschaffungen und Neuanlagen an den staatlichen oder kommunalen Haushalten gebunden und deshalb in ihrer Bewegungsfreiheit zu sehr gehemmt. Die verhältnismäßig niedrigen Beamtengehälter machen es oft unmöglich, hervorragende Fachleute für die Leitung der Betriebe zu gewinnen, ja, dem Staat werden häufig die besten Beamten durch die Privatindustrie wegengagiert. Da bei der Beförderung der Beamten das Dienstalter sehr häufig ausschlaggebend ist, findet bei der Besetzung der leitenden Posten keine so scharfe Auslese statt, wie das in Privatbetrieben möglich ist.

Aber wo steht es denn geschrieben, daß Betriebe, die im Besitz der Allgemeinheit sind, bürokratisiert und von Beamten geleitet werden müssen? Sie können ebenso wie irgendein kapitalistisches Unternehmen in der Form einer A.-G. oder G. m. b. H. betrieben werden, wie zum Beispiel die dem Reich gehörenden Deutschen Werke A.-G., die einen Teil der ehemaligen Heereswerftstätten übernommen haben, und es ist nicht einzusehen, warum ein Betrieb deshalb schlecht arbeiten soll, weil die Aktien oder Anteile statt privaten Kapitalisten dem Staat oder einer anderen öffentlichen Körperschaft gehören. Notwendig ist es freilich, daß man derartige Unternehmungen in der gleichen Weise arbeiten läßt, wie private Gesellschaften, die Bewegungsfreiheit der Leitung nicht einschränkt und wenn irgend möglich die leitenden Persönlichkeiten an den wirtschaftlichen Erfolgen ihrer Unternehmung auch materiell interessiert. Durch Übernahme der Aktien der einzelnen Unternehmungen durch den Staat könnten ganze Wirtschaftszweige sozialisiert werden. Mit Hilfe der durch den Besitz der Aktien oder Anteile erworbenen wirtschaftlichen Macht kann dann der Staat alle organisatorischen Änderungen durchführen, die zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit notwendig sind. Er könnte auf diesem Wege Staat und Gemeinden die Herrschaft über eine größere Anzahl von Betrieben oder über ganze Wirtschaftszweige, so würde dadurch ihr Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben bedeutend vermehrt, und wenn auch zunächst die finanziellen Ergebnisse dieser sozialisierten Unternehmungen dadurch beeinträchtigt würden, daß das zu ihrem Erwerb aufgewandte Kapital verzinst werden muß, so würden die Betriebe doch, wenn sie ausgebaut und erweitert werden, unter Umständen große Erträge abwerfen.

Wo man aber nicht so weit gehen will, Staat oder Gemeinden zu Eigentümern wirtschaftlicher Unternehmungen zu machen, kann durch Zusammenschluß der Unternehmungen in öffentlich kontrollierten Verbänden die Organisation der Wirtschaft verbessert, und es können Einsparnisse erzielt werden. Derartige Verbände würden ihre Vorbilder in den privatrechtlichen Kartellen haben, von denen sie sich dadurch unterscheiden, daß an ihrer Leitung nicht nur Vertreter der Unternehmer, sondern auch Vertreter der Arbeiter, der Verbraucher und des Staates beteiligt wären. Wir haben schon jetzt eine Reihe solcher Organisationen, so im Kohlen- und Kalibergbau und in der Eisenindustrie. Diese

mit der Festlegung der Preise beschäftigt, während es herauskommt, daß die Verbände nur allein die Interessen der Arbeiter zu vertreten und wirtschaftlichen Fortschritten zu wirken, um so das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter möglichst günstig zu gestalten. Die Aufgaben solcher Verbände, wie sie bekanntlich in seiner Denkschrift über die gebundene Planwirtschaft geschildert hat, können in Betracht der einzelnen Betriebe in technischen und wirtschaftlichen Fragen, Einführung von Typen und Normen zur Vereinfachung und Verbildung der Produktion, Stilllegung technisch rückständiger Betriebe, wobei natürlich für die Entschädigung der Arbeiter gesorgt werden mußte.

Man kann im Zweifel darüber sein, ob man bei Schaffung solcher Organisation schon von einer Sozialisierung reden kann, weil hier das Privateigentum an Produktionsmitteln erhalten bleibt. Aber jeder Fortschritt in der Organisation unserer Wirtschaft bringt uns den Sozialismus näher, besonders dann, wenn gleichzeitig eine Einschränkung der freien Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Produktionsmittel stattfindet. Das Ziel aller Sozialisierungsmaßnahmen muß es sein, die Verwertung, die der Kapitalismus mit Gütern und Arbeitskräften treibt, durch fortschreitende Organisation unserer Wirtschaft zu vermindern und den Wirkungsgrad der Arbeit zu erhöhen. Die technischen und organisatorischen Errungenschaften der hochentwickelten Welt sollen dabei in noch höherem Grade, als bei der Kapitalismus tut, ausgenutzt und der Allgemeinheit dienlich gemacht werden.

Zusammen wird behauptet, es könnte in Deutschland jetzt bereits nicht sozialisiert werden, weil dann der Entente Hauptpländer geschaffen würden. Aber die Verbände haben keine Veranlassung, Pländer wegzunehmen, wenn die Verpflichtungen erfüllt werden. Können wir das aber nicht, so müssen wir damit rechnen, daß die Entente zu Zwangsmaßnahmen greift, die für uns viel empfindlicher sind als etwa die Begrenzung solcher Pländer. Soll wird die Entente auch nicht vor Eingriffen in das privateigentum zurückweichen und der deutschen Regierung einfach die Pflicht auferlegen, die enteigneten Kapitalisten zu entschädigen. Die Pflicht vor der Entente braucht also an Sozialisierungsmaßnahmen nicht zu hindern. So unklar es wäre, den Klassen vorzugeben, daß wir von heute auf morgen die kapitalistische durch eine vollkommen sozialistische Wirtschaft ersetzen können, so falsch wäre es auch, wenn wir dies behaupteten, daß wir gar nicht sozialisieren können. Freilich werden wir mit unletzen Sozialisierungsforderungen in der Regel auf den Widerstand fast aller bürgerlichen Parteien stoßen. Das darf uns aber nicht hindern, den Kampf für die Sozialisierung mit aller Energie zu führen. Sollen die schweren Lasten, die zur Erfüllung der Wiedergutmachungspflichten getragen werden müssen, für das deutsche Volk einigermassen erträglich sein, so muß alles daran gesetzt werden, um im steigenden Maße sozialistische Ordnung an die Stelle der kapitalistischen Anarchie zu setzen.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die Goldverträge der Privatnotenbanken. — Die Befreiung einzelner Gewinne. — Eine Verordnung des Wiederaufbauministers. — Kohlenförderer im ersten Halbjahr 1921. — Börseiproduktionen. — Die deutsche Ausfuhr 1921. — Deutsch-französischer Warenverkehr. — Amerikanische Ausfuhr.

Der Reichstag hat, noch unmittelbar bevor er in die Ferien gegangen ist, ein Gesetz verabschiedet, das in der Öffentlichkeit sehr wenig, um so mehr aber bei den Interessenten Beachtung gefunden hat. Es handelt sich um folgendes: Bei den Privatnotenbanken in München, Stuttgart, Karlsruhe und Dresden befindet sich noch eine nicht unerhebliche Summe von Goldvorräten, die in Friedenszeiten die sogenannte Drittbedeckung für den Papiergeldumlauf bilden. Nachdem im August 1914 auch den Privatnotenbanken das Recht zugestanden war, vorläufig zur Einlösung ihrer Noten Reichsbanknoten zu verwenden, und nachdem vor kurzem die Metall-Drittbedeckung die es in Wirklichkeit schon längst nicht mehr gab gesetzlich aufgehoben worden ist, standen die Goldvorräte und anderen Metallreserven den Privatnotenbanken zur freien Verfügung. Es ist bezeichnend für die wirtschaftlichen Zustände im Reich, daß Spekulationsgruppen sich zusammenschlossen hatten, die durch Erwerbung der Aktienmehrheit dieser Notenbanken den Zweck verfolgten, die Goldvorräte der Banken gemindert zu lassen, um sie auszunutzen. Um dies unmöglich zu machen, mußte, kurz vor der Eröffnung des Reichstages ein Gesetz vorgelegt werden, das jedwede Verwendung des Goldbestandes der Privatnotenbanken von der vorherigen Zustimmung der Reichsregierung abhängig macht. Wenn nicht die Reichsregierung noch zuguterletzt und in aller Eile dieses Gesetz zugeworfen hätte, wer weiß, was dann mit den Goldvorräten der Privatnotenbanken geschehen wäre.

Durch die letzten angenommenen Novellen zum Einkommensteuergesetz ist es bekanntlich einer rechtserweiterten Wahrheit gelungen, gewisse einmalige Einnahmen, die bisher einkommensteuerverpflichtet waren, von dieser Einkommensteuer befreit zu werden, sofern es sich nicht um reine Spekulationsgewinne handelt. Nun hat der Reichsaussenminister einen Erlass herausgegeben, der ein wenig Wasser in den Wein all dieser schüttet, die gehofft hatten, ihre „einmaligen Einnahmen“ nicht versteuern zu brauchen. Diesem kommt die Anwendung der Bestimmungen zugunsten der einmaligen Einkommen erst dann in Frage, wenn die Einkommen unter keine der vier hauptsächlichsten Einkommensarten fallen (Einkommen aus Grundbesitz, Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen und Arbeit). Alle Veräußerungsgewinne, die aus diesen Einkommensquellen stammen unterliegen daher, gleichviel ob es sich um Spekulationsgewinne oder nicht handelt, der Einkommensteuer. Lediglich die Erhebung von solchen einmaligen Verkaufsgewinnen, die unter eine der erwähnten Einkommensarten fallen, ist an sich von der Spekulationsabgabe gebunden.

Verordnung erlassen, die sich mit dem Wert und Wertschätzung in der deutschen Wirtschaft die Sachverständigen an die Entente vorzubringen soll. Es sollen „Leistungsverhältnisse“ festgestellt werden, durch deren Vermittlung die Gegenstände an die entente in Wertes übertragen werden. Während in einem früheren Stadium, als Außenminister nicht Wiederaufbauminister war, man sich mit der deutschen Entente zu Leistungsverbänden zur Verhandlung wollte, sind diesmal auch andere Vorkommnisse vorgefallen, die neben den Entente helfen. Der Wiederaufbauminister kann für bestimmte Wirtschaftszweige Leistungsverbände zu Leistungsverbänden für den Wiederaufbau zusammenstellen; jedoch sollen diese nicht die in Frage kommenden Interessentengruppen gebildet werden. Durch letztere Bestimmung soll man vermeiden, daß von einer Zentralstelle aus Leistungsverbände willkürlich geschaffen werden. In jedem Falle aber bedeutet die Möglichkeit, sachliche Leistungsverbände zu schaffen, einen großen Fortschritt, weil sie den sonst zu erwartenden starken bürokratischen Einschlag verhindern wird. Mit diesen Leistungsverbänden sollen Selbstverwaltungsgestalten der Industrie geschaffen werden, die in der Hauptsache selber über Vorgebung und Verteilung der zu leistenden Produkte (unter Kontrolle des Wiederaufbauministeriums selbstverständlich) zu entscheiden haben werden. Man muß sagen, daß der Gedanke, der Gesamtheit der Wirtschaft auf diese Weise selber die Verantwortung zuzuschreiben, recht gut zu sein scheint. Es hätte sonst die Gefahr sehr nahe gelegen, daß der Vorhof des Wiederaufbauministeriums eine Stätte geworden wäre, in der die nach Aufträgen hungernden Interessenten sich gegenseitig die Schuld einzuwerfen hätten. Die Anordnung des Wiederaufbauministers findet denn auch im großen und ganzen freundliche Aufnahme, und man darf hoffen, daß sie ihren Zweck erfüllen wird.

Nun liegen auch die Zahlen über das Ergebnis der Kohlenförderung im ersten Halbjahr vor. Die Kohlenförderung betrug im ersten Halbjahr 1921 40,54 Millionen Tonnen, das sind 85 Prozent der in der gleichen Zeit des letzten Friedensjahres 1914 geförderten Menge. Obwohl die Vermehrung der Belegschaft nicht unbeträchtlich ist (sie ist von 322 735 Ende Dezember auf 447 664 Ende Juni gestiegen), hat das Aufheben der Arbeitsbeschränkungen das Gesamtergebnis nicht unwesentlich beeinträchtigt. Die nachfolgende Tabelle gibt eine gute vergleichende Übersicht über die Förderungsergebnisse des ersten Halbjahres der Jahre 1914 bis 1921.

	Förderung im 1920					erweitert. Förderung im 1921				
	1914	1918	1919	1920	1921	1914	1918	1919	1920	1921
Jan.	9520	8839	8265	6988	6939	261493	331094	346211	264578	332004
Feb.	9910	9017	8321	6976	6175	271244	334047	342382	294511	340609
März	9121	8449	8320	6376	7495	341492	337778	342782	294611	352407
April	9181	8288	8127	6512	7889	261252	331048	342782	271211	301261
Mai	9752	8328	8257	7090	6936	260214	343008	337078	294611	291211
Juni	9206	8074	8076	7354	7753	273211	342007	341267	294611	301261
Juli	9377	8014	8181	6108	4638	262248	337078	337078	271211	312609
Aug.	1000	8014	863	723	630	262248	337078	337078	271211	312609

Damals in Berlin zwei Börsenfeiertage, am Dienstag und Donnerstag, eingelegt worden sind, haben die Banken in den letzten Wochen ihre Geschäfte kaum erleben können. Es hat ein solcher Andrang an der Effektenbörse stattgefunden, daß die Banken bis tief in die Nacht arbeiten mußten, um die Wünsche ihrer Kunden zu befriedigen. Es ist kaum glaublich, welche Riesenzüge, zu einem großen Teile lediglich zu Spekulationszwecken, in den letzten Monaten in deutschen Werten mobil gemacht worden sind. Die Nachfrage überstieg in sehr vielen Fällen bei weitem das vorhandene Angebot, so daß die Preise weit über Gebühr hinaufgetrieben worden sind. Man darf sicher annehmen, daß diese Hausse-Spekulation noch lange nicht zu Ende ist, obwohl sie in den letzten Tagen eine Unterbrechung erfahren hat, die gut unterrichtete Leute auf das mit Holland abgeschlossene Kreditabkommen der deutschen Reichsbank und auf die Aussicht, weitere Kredite zu erhalten, zurückzuführen. Es ist dadurch ein plötzlicher Rückgang der fremden Devisen eingetreten, aber es ist keineswegs sicher, daß es dabei bleibt. Der holländische Kredit ist nicht allzu beträchtlich, und Aussicht auf Kredit ist noch kein wirklicher Kredit. Man wird also vorläufig damit rechnen müssen, daß die Börsenspekulanten, zu denen leider fast alle Kreise des deutschen Volkes zählen, es bald wieder besser haben werden.

Jetzt sind auch die Abschlußfiguren der deutschen Ausfuhr für das Jahr 1920 veröffentlicht worden. Danach hat die Ausfuhr im reinen Warenverkehr (ohne Gold und Silber) 6,3 Milliarden Mark betragen. Die Wertsumme für die Einfuhr ist noch nicht ermittelt. Wir werden uns, obwohl inzwischen nahezu sieben Monate verstrichen sind, also noch ein wenig gedulden müssen und können nichts anderes tun, als wiederholt der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß das statistische Amt bald seine alte, aus der Vorkriegszeit der rühmlich bekannte Gründlichkeit und Schnelligkeit wiederfinden wird.

Auf Grund einer in Frankreich veröffentlichten Statistik zeigt sich übrigens, daß der Warenverkehr zwischen Deutschland und Frankreich im 1. Vierteljahr 1921 fast aufgenommen hat. Die Ausfuhr nach Frankreich ist von 300,9 Millionen Franken des gleichen Zeitraums im vorigen Jahr auf 315,9 Millionen Franken in diesem Jahre gestiegen; die Einfuhr von Frankreich nach Deutschland stieg von 308,9 Millionen auf 330,1 Millionen Franken. In der Ausfuhr nach Frankreich spielen natürlich die deutschen Lieferungen auf Grund des Friedensvertrages eine erhebliche Rolle, während die durch die Sanktionen herbeigeführte Deckung der Wertgrenze bei den französischen Zahlen kaum in Betracht kommt, da das Loch im Westen erst seit dem zweiten Vierteljahr wieder funktioniert.

Inzwischen sind auch einige Zahlen über den Ausfuhrhandel der Vereinigten Staaten bekannt geworden. Wenn diese auch im Juni eine kleine Besserung zeigen, wenn man sie mit dem Monat Mai vergleicht, so ergibt eine Gegenüberstellung mit dem gleichen Monat des vorigen Jahres doch eine erhebliche Differenz, die deutlich die schwere Kaufkraftschwäche, unter der Amerika leidet, widerspiegelt. Es betrug der Juni-Export dieses

1920. Da die Exportsumme im Juni 1921 200 Millionen Dollar betrug, schloß eine Zunahme von 10 Millionen Dollar gegen den Vormonat. Die Juni-Ausfuhr ist die größte seit März, und man schöpft aus dieser Tatsache die Hoffnung, daß es nun endlich wieder aufwärts gehen werde. In diesem Zusammenhang muß man auch die hier öfters erwähnte und in der letzten Nummer von verchiedenen Seiten beleuchtete amerikanische Kreditfähigkeit für Deutschland betonen: wenn die an der Warenzufuhr interessierten Kreise Amerikas die Oberhand gewinnen, wird Deutschland einen Kredit erhalten; gegen diejenigen, die den ungeduldeten, künstlich gesteigerten Export wirtschaftlich für falsch halten, so wird Deutschland noch lange auf amerikanische Kredite, die eine wirkliche Behebung haben, warten können.

## Helgoländer Hochverrat.

Die von Kräftigem Eigentum geleiteten sogenannten eingeborenen Helgoländer — die jedoch bei weitem nicht alle eingeborenen Inselaner sind — haben sich wieder einmal wiederholt bemerkbar gemacht. Bekannt ist, wie sie, sich berufend auf den deutsch-englischen Vertrag von 1890 — mit Händen und Füßen gegen die Einführung des allgemeinen und gleichen Gemeinbewahrsrechts auf Helgoland wehrten, und das alte Unrecht, daß nur die eingeborenen Helgoländer das Wahlrecht haben, erhalten wissen wollten. Der Reichstag kam ihren reaktionären Wünschen entgegen und änderte die Reichsverfassung, und die preussische Landesversammlung hat dann mit Mehrheit ein Gesetz beschlossen, wonach bis zum 31. Dezember 1929 das Gemeinbewahrsrecht auf Helgoland von einer fünfjährigen Anwesenheitsdauer auf der Insel abhängig ist. So hatten die reaktionären Helgoländer zwar nicht ihr altes Vorrecht erhalten, aber doch wesentliche Konzessionen erzielt. Sie hatten damit zunächst erreicht, daß die auf der Insel stark vertretene Arbeiterchaft, die im Laufe der Jahre zugewandert war, nur einen geringen Einfluß auf die Gemeinpolitik bekam. Wurden doch nur zwei Sozialdemokraten in die Gemeinvertretung gewählt.

Schon bei dem Bestreben, ihr altes Privilegienwahlrecht zu erhalten, scheuten sie vor landesverräterischen Machenschaften nicht zurück. Heute sind es in der Hauptsache die Reichssteuererzgerichte, die den Herrschaften nicht passen, und die losgeruderten sie selbst landesverräterische Mittel nicht scheuen. Anstatt sich mit ihren Beschwerden an die zuständige Regierungsstelle zu wenden, machten sie eine Eingabe an den Bülkerbund und an die englische Regierung, in der sie unter anderem erklärten, daß sie es 1890 ging Helgoland vertraglich von England auf Deutschland über) vorgezogen hätten, ihre Freiheiten wieder unter britischer Herrschaft auszuüben, und sie auch heute noch bereit wären, das selbe zu tun. Nachdem ihnen sowohl vom Bülkerbund wie von der englischen Regierung eine Antwort nicht gegeben wurde, wandte sich vor ungefähr einem Monat eine Deputation der Helgoländer an die Reichsregierung in Berlin, um die Einführung der Reichssteuererzgerichte für Helgoland rückgängig zu machen. Bei dieser Gelegenheit veräußerte der Reichsminister des Innern, Dr. Gradnauer, nicht seine Mißbilligung über dies Verhalten zum Ausdruck zu bringen. Was machten die Herrschaften nun?

Sie gingen zum Chef der interparlamentarischen Kommission in Berlin, um dort gegen verschiedene Pläne der deutschen Regierung, von denen sie angeblich gehört haben wollten, zu intrigieren. Weiter suchten sie den Korrespondenten der „Times“ in Berlin auf, um dort ihren Einfluß geltend zu machen und den Korrespondenten durch die Weitergabe falscher Meldungen zur Erzeugung eines guten Eindrucks in England zu veranlassen!

Aber auch dies Verhalten brachte nicht den gewünschten Erfolg, weshalb sie jetzt selbst versuchten, auf eigene Faust das durchzuführen, was sie eigentlich durch Intrigen zu erreichen beabsichtigten. Jetzt hat die reaktionäre Gemeindevorstellung, die aus bereits angeführten Gründen zustandekommen konnte, Beschlüsse gefaßt, die gegen die Reichsverfassung verstoßen und die Einkommensteuer verweigern, dagegen die Veranlagung der Gemeindecinkommensteuer auf Grund eines alten Gemeindecinkommensteuerstatuts vornehmen. Ein Protest gegen die Schutzpolizei und gegen die vom Kreisaußschuß inzwischen festgesetzte Besoldungsordnung hat sich der Gemeinderat auch bereits erlaubt.

Diese Zustände, wie sie sich auf Helgoland entwickelt haben, werden von der Reichsregierung nicht länger geduldet werden dürfen, wenn nicht schwerer Schaden für die so notwendige Reichseinheit eintreten soll.

## Die Ernteausichten in Sowjetrußland.

D. G. Das sowjetische Wirtschaftsblatt „Ökonomische Chronik“ meldet, daß die im Juli reichlich niedergegangenen Regen, besonders im Südwesten, Westen, Norden und Nordosten, der Ernte mehr geschadet als genützt hätten, da infolge der großen Feuchtigkeit das reife Getreide noch im Stalm zu liegen beginnt und auswächst; zum Teil hat sich das Getreide infolge von Wolkenbrüchen gelagert, auch wird das Einbringen des schon geschnittenen Korns durch Regen sehr verzögert; alles das führt zu einer weiteren Verringerung der Quantität wie der Qualität der Ernte. In den unteren Wolga-Geleiten schreibt man das Getreide, das aber fast gar keine Körner enthält. — Auch die Heuernte ist durch die Regenfälle sehr beeinträchtigt. In vielen Gegenden wird angefaßt des Futtermangels Laubheu in großen Mengen gesammelt. — Tierische Schäden in großer Zahl haben die Obstgärten befallen. Die Zuckerrübenselder der Ukraine sind bis zu 50 Prozent von den Schädlingen vernichtet; die Erwartungen hinsichtlich der Zuckerrübenente mußten daher weiter herabgesetzt werden; man rechnet für ganz Rußland mit einer Produktion von höchstens 7 Millionen Pud (1 Pud gleich 16,38 Pgr.), während beispielsweise im Jahre 1911 117 Millionen Pud produziert wurden.





# Senat und Leuerungsdemonstration.

Die bürgerlichen Zeitungen veröffentlichen in ihren getragenen Ausgaben zwei Mitteilungen, die das Verbot der Demonstration zu rechtfertigen suchen und die nach Angabe der Zeitungen von „besonderer Stelle“ stammen. Wir gehen durchaus nicht fehl, wenn wir den Senat als Urheber dieser einmal von „ausländischer Stelle“ und das andere Mal aus „zuverlässiger Quelle“ bezeichneten Äußerungen ansehen. In der ersten Notiz wiederholt der Senat zur Begründung des Verbots der Demonstration den bereits am Sonnabend in den bürgerlichen Zeitungen gemachten Hinweis, daß „mit ausländischen Mitteln arbeitende vorübergehende Elemente sich im Freistaat aufhalten, die die Notlage zu sozialistischen Zwecken benutzen wollen“. Diese allgemeine, vollkommen schwache und beweislose Behauptung ist kennzeichnend für die Kurzsichtigkeit, mit der der Senat bisher allen Vorgängen in der Arbeiterschaft und den Mahnungen der Arbeitervertreter gegenüber getreten ist. Um Beunruhigung und Erregung unter die Bevölkerung zu bringen bedarf es wahrlich keiner Arbeit ausländischer Elemente. In dieser Hinsicht haben der Senat und die bürgerliche Volkstagsmehrheit durch die einseitige Selbstpolitik nicht nur die linksstehende Arbeiterschaft sondern auch den größten Teil der Anhänger der bürgerlichen Parteien in tiefgehendster Weise erbittert. Wir empfehlen den Mitgliedern des Senats noch einmal nur in ihren Parteikreisen Umhau zu halten. Sie werden dann feststellen müssen, daß alle Arbeiter, Angestellte und Beamten ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit über die vom Senat betriebene Verordnungs- und Politik der breiten Masse aufs tiefste empört sind. Wir haben erst vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß selbst christliche Gewerkschaftsführer öffentlich ihre Unzufriedenheit mit der Politik des Senats erklärt haben. So lange der Senat seine bisherige volksfeindliche Politik fortsetze, wollten selbst diese doch sonst so duldsamen Leute in scharfer Opposition zu dem Senat treten, obwohl die Zentrumspartei selbst in der Regierung vertreten ist. Wir können uns kaum denken, daß der Senat über die Wirkung seiner Beschlüsse und über die Folgen seiner Maßnahmen so wenig unterrichtet ist, daß er noch nicht einmal die Stimmung seiner Wähler kennt. Es ist glatter Selbstbetrug, wenn der Senat die von ihm durch eine verkehrte, leichtfertige Politik hervorgerufene Erregung der Bevölkerung auf das Wirken ausländischer Elemente abschieben möchte. Es dürfte wohl auch selbst unter den Lesern der bürgerlichen Zeitungen wenig Leute geben, die dieser Behauptung des Senats Glauben schenken.

Es ist zu verstehen, daß dem Senat, nachdem er sieht, wohin seine Politik führt, angst und bange wird und er die Verantwortung gern von sich abschleiben möchte. Darum fällt er auch jetzt wieder schnell darauf, die Bevölkerung, an die Gefahren zu erinnern, in denen Danzig schwebt. Wir sind die letzten, die die peträre Lage, in der sich der Freistaat befindet, bedenkenlos übersehen. Gerade weil wir immer gewußt haben, was für den Freistaat auf dem Spiele steht, haben wir immer und immer wieder gewarnt, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Der Senat hat alle Mahnungen, doch endlich einmal an die nicht mehr erträgliche Notlage der wert-

vollen Bevölkerung zu denken in den Wind geschlagen. Er selbst hat dadurch mit der Öffnung des Freistaats ein selbstfertiges Spiel getrieben und kann heute nicht die Parteien für die Folgen seiner Politik verantwortlich machen, die immer und immer wieder gewarnt haben.

Wollte die Arbeiterschaft nicht will, daß mit ihrer Öffnung und der Öffnung des Freistaats zugunsten der Bevölkerung einzelner Artikel weiterhin Schindluder gespielt wird, daß sie zusammen, um dem profitgierigen Treiben der im Senat vertretenen Kapitalistenkreise endlich Einhalt zu gebieten. Niemand anders als der Senat und die bürgerliche Mehrheit des Volkstages haben selbst Schuld, daß wir im Freistaat nicht zur Ruhe kommen.

Wenn der Senat nun in letzter Stunde noch den aus „zuverlässiger Quelle“ stammenden Mitteilungen sich endlich der Notlage der wertvollen Schichten annehmen will, so müste das nach seinem bisherigen Verhalten mehr als eigenartig an. Seit längerer Zeit — so lautet die in die bürgerliche Presse lancierte diesbezügliche Mitteilung — berät die Regierung über Maßnahmen um einen Ausgleich zwischen der wachsenden Leuerung und den Einkommensverhältnissen zu finden. Wollte der Senat wirklich für diese von größter Wichtigkeit diktierende Mitteilung Mühe zu finden? Hat er durch seine Selbstpolitik das Mißverhältnis zwischen Einkommen und veräußerten Lebenskosten nicht selbst erst verschuldet? Wenn er seit längerer Zeit tatsächlich darüber berät, daß ein Ausgleich geschaffen werden müsse, warum hat er dann die Preise für Lebensmittel erst so auf die Spitze treiben lassen und selbst kräftig dabei mitgeschlagen? Seine angekündigte Preispreiserhöhung wirkt geradezu als Hohn auf etwaige Maßnahmen eines Preisenausgleiches. Erst treibt man die Preise ohne Erfordernis in die Höhe und dann, wenn die Leuerung dadurch unentbehrlich geworden ist, denkt man an einen Ausgleich. Weber in seiner Preispolitik noch bei seinen sonstigen Maßnahmen hat der Senat bisher erkennen lassen, daß er an die Höhe des arbeitenden Volkes denkt. Wenn der Senat ernstlich das Bestreben gehabt hätte, die Einkommensverhältnisse der minderbemittelten Bevölkerung mit den veräußerten Lebensverhältnissen in Einklang zu bringen, hätte er nur schon bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes für die weitgehende Schonung der Arbeitereinkommen eintreten brauchen. Die für den Staatshaushalt notwendigen Mittel hätten sich durch schärfere Erfassung der Schieber und Agitatoren und durch eine Vermögenssteuer ohne weiteres aufbringen lassen.

Wenn der Senat seinen Willen zu einer gerechten Berücksichtigung der Notlage der Bevölkerung beweisen will, dann muß er sofort eine gründliche Änderung seiner Wirtschafts- und Steuerpolitik herbeiführen. So lange der Arbeiterschaft dafür keine Garantien gegeben sind, wird sie alle ihr zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel anwenden müssen. Und das ist, nachdem der Senat die Demonstration verboten hat, die reiflose Durchführung des Generalstreiks.

beten werden müsse. Das Verbot sei unabänderlich. Infolge dieser Stellung des Senats haben sich die freien Gewerkschaften und die drei politischen Arbeiterparteiengruppen, ihren Protest auf andere Art zum Ausdruck zu bringen. Auf eine Listung bei den Führern der christlichen und den Kirch-Dunderschen Gewerkschaften, erklärten diese, an einer Demonstration nicht teilzunehmen. Als letztes Mittel blieb der Arbeiterschaft nur ein Mittel sich noch jetzt Gehör zu verschaffen, und das ist der Generalstreik auf der ganzen Linie.

An der Arbeiterschaft wird es jetzt liegen, diesen durchzuführen und durch eine geschlossene Einigkeit zu zeigen, daß sie reiflos hinter den von ihren Führern aufgestellten Forderungen stehen. Weder durch mit den Worten Reden sind genug gehalten worden, die Arbeiterschaft will Taten sehen. (Ehrwürdiger Beifall.)

Genosse Spilll beauftragte das Vorhaben der christlichen und Kirch-Dunderschen Gewerkschaften und schloß daran die Forderung, daß es durch reiflose Ausführung gelingen möge, auch die Nicht-Arbeiter, die auf dieser Seite stehen, aufzuwecken, um die Aktion gemeinsam zu unternehmen. Wenn es gilt für die Arbeiterschaft einzutreten, gehören die Christen und die Kirch-Dunderschen zu uns. Die Forderung des Senats mit Hilfe der letzteren einen Stell in die Danziger Arbeiterschaft zu drängen, müsse auf alle Fälle vereitelt werden. Die Arbeiterschaft hat es in der Hand, zu zeigen, welche Verantwortung auf ihren Schultern ruht. In der einseitigen Diskussion sprachen sich einzelne Redner für einen längeren Streik aus. Die große Mehrheit trat jedoch für die ausgegebene Perle eines 24 stündigen Generalstreikes ein.

## Der Senat

Aus Sachsen kommt folgende Meldung:  
Die Verlagskammer für die Provinz Sachsen hat sich gegen die geachtete Preispreiserhöhung ausgesprochen. Die beträchtliche Erhöhung der Preise würde zur Folge haben, daß zahllose Kreise der Bevölkerung noch mehr der Unternährdung mit allen ihren Folgen preisgegeben würden. Neue folgenschwere Krankheiten und Kämpfe seien zu befürchten. Die Verlagskammer hält es daher im Hinblick auf das allgemeine Wohl und die Wiedergenesung des kranken Volkes für geboten, das Verbot der Preispreiserhöhung nötige tägliche Brot in bisheriger Preisgröße weiter zu verabsorgen. Für das über die letzte Wochenmenge hinausgehende Brot, könnte ein entsprechender Preis gefordert werden.

## Gehaltsbewegung im Groß- und Kleinhandel.

Die an dem Tarifvertrag für den Groß- und Kleinhandel beteiligten Angestellten-Gewerkschaften haben diesen infolgeder auf allen Gebieten der Lebenshaltung fortschreitenden Leuerung am 31. Juli zum 30. September d. Js. beim Arbeitgeberverband für den Groß- und Kleinhandel genehmigt, mit dem gleichzeitigen Ersuchen, bis zum 15. August d. Js. mit den Angestellten-Gewerkschaften in Verhandlungen zu treten. Die Kündigung verfolgt lediglich den Zweck der Neuregelung des Gehaltsparagrafen.

Das Verbot der Demonstration sei unabänderlich. Infolge dieser Stellung des Senats haben sich die freien Gewerkschaften und die drei politischen Arbeiterparteiengruppen, ihren Protest auf andere Art zum Ausdruck zu bringen. Auf eine Listung bei den Führern der christlichen und den Kirch-Dunderschen Gewerkschaften, erklärten diese, an einer Demonstration nicht teilzunehmen. Als letztes Mittel blieb der Arbeiterschaft nur ein Mittel sich noch jetzt Gehör zu verschaffen, und das ist der Generalstreik auf der ganzen Linie.

An der Arbeiterschaft wird es jetzt liegen, diesen durchzuführen und durch eine geschlossene Einigkeit zu zeigen, daß sie reiflos hinter den von ihren Führern aufgestellten Forderungen stehen. Weder durch mit den Worten Reden sind genug gehalten worden, die Arbeiterschaft will Taten sehen. (Ehrwürdiger Beifall.)

Genosse Spilll beauftragte das Vorhaben der christlichen und Kirch-Dunderschen Gewerkschaften und schloß daran die Forderung, daß es durch reiflose Ausführung gelingen möge, auch die Nicht-Arbeiter, die auf dieser Seite stehen, aufzuwecken, um die Aktion gemeinsam zu unternehmen. Wenn es gilt für die Arbeiterschaft einzutreten, gehören die Christen und die Kirch-Dunderschen zu uns. Die Forderung des Senats mit Hilfe der letzteren einen Stell in die Danziger Arbeiterschaft zu drängen, müsse auf alle Fälle vereitelt werden. Die Arbeiterschaft hat es in der Hand, zu zeigen, welche Verantwortung auf ihren Schultern ruht. In der einseitigen Diskussion sprachen sich einzelne Redner für einen längeren Streik aus. Die große Mehrheit trat jedoch für die ausgegebene Perle eines 24 stündigen Generalstreikes ein.

## Am den Lagerplatz für polnische Munition.

Es war beabsichtigt, den polnischen Munitionslagerplatz an die Nachspitze des Hofens zu verlegen. Hiergegen hat die Handelskammer, wie bereits mitgeteilt, Einspruch erhoben. Dieser Platz wird als äußerst ungeeignet bezeichnet, weil eine Explosion hier große Verheerungen würde. Die Schiffe würden gefährdet. Der Ruf des Hofens könnte dadurch leiden. Eine etwaige Explosion könnte den Hofen sperren, die Versicherungsprämien würden steigen. Als Munitionslagerplätze werden empfohlen Plätze bei Hela, Wdzingen, Schlenkerhorst oder Altschwabbe.

Polnische Sichtverweigerung für mehrtägige Reisen. Auf eine Anregung der Handelskammer hin, hat sich die polnische Poststelle bereit erklärt, in einzelnen Fällen für Reisen nach Polen einen Sichtverweiger für mehrtägige Reisen zu erteilen. Das polnische Ministerium hat jedoch eingewandt, daß die Zahl der Reisen anzugeben und daß die Gebühr für jede Reise zu berechnen ist.

Wohnungsbaufrage an der Großen Allee sind in Vorbereitung an Bewerber zu vergeben, die sich zur sofortigen Besetzung der Räume aus öffentlichen Mitteln verpflichten. Meldungen in der Geschäftsstelle des Senats, Rathaus, Zimmer 64.

Zur Regelung der Untermiete. Für eine Regelung der Höhe der Untermiete ist der Mieterverein aus ähnlichen Gründen eingetreten, aus denen er für eine Höchstgrenze der Hauptmiete tritt. Er hat sich aber aus gewichtigen Gründen gegen eine ähnliche Absetzung gewandt. Die Untermiete des Zimmers soll so behandelt werden, wie die Miete der Wohnung, sie soll in etwa angemessenen Verhältnis zur Wohnungsmiete bleiben. Ganz anders aber liegt es bei den übrigen Leistungen. Das Wort des Hauptmieters dem Untermieter außer dem leeren Zimmer überträgt, unterliegt sonst nicht Höchstpreisen und ist daher nicht gerecht, denn nur für den Hauptmieter einzuführen. Die Preis und das Verbleiben von Möbeln, wie auch die Zimmermieten in den Hotels sind vollkommen frei, da kann man nicht nur den Hauptmieter ableiten herausgreifen. Man müßte sonst diese Regelung in weiteren Maßnahmen vornehmen. Für solche Höchstgrenzen ist der Mieterverein aber eingetreten, jedoch will er dabei die Selbstbestimmung berücksichtigen lassen. Der Hypothekenselbst der, der bei einem Grundbesitz eine Rolle spielt, fällt z. B. bei einem Mißbehalt fort. Auch die Leistungen an Heizung, Beleuchtung, Essen, Putzen, Wäsche, Bedienung müssen voll bezahlt werden. Von diesen Leistungen muß aber der Hausbesitzer seinen Anteil verlangen. Der Mieterverein tritt deshalb diesem Vorschlag entgegen.

Erweiterung der Danziger Fluglinie nach Riga. Der neue Flugplan der Danziger Fluglinie ist um die Strecke Rowno—Riga erweitert worden. Bisher verkehrten die Flugzeuge auf den Strecken Danzig—Berlin und Danzig—Königsberg—Rowno täglich in beiden Richtungen. Von Rowno wird nunmehr an vier Tagen in der Woche nach Riga geflogen und zwar jeden Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag. Das Flugzeug, 1 Uhr mittags ab Danzig nach Königsberg—Rowno hat an diesen Tagen in Rowno Anstich nach Riga. Von Riga aus verkehren die Flugzeuge entsprechend an jedem Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend in Richtung Rowno—Danzig—Berlin. Die 14 tägliche Fahrt nach Stettin—Berlin ist in Danzig 11 Uhr 40 Min. mittags. Die Flugpreise sind sehr niedrig gehalten, nur um ein kleines teurer als die Dampferfahrt. Dafür dauert der Flug nur 5 bis 5 1/2 Stunden gegenüber 2 bis 3 Tagen Dampferfahrt.

Der Verkauf der Desambanten. Der künftige Eigentümer Oberleutnant a. D. Ernst Römer kaufte am 5. Mai 1920 bei einer kleinen Firma einen Brillantring für den verbleibenden Kaufpreis von 40.000 Mark. Er zahlte darauf 1100 Mark an und verschwand mit dem Ring. Die Firma klagte nur gegen Römer und läßt ihn öffentlich zu einem Termin zu dem Römer natürlich nicht erscheinen wird.

Polizeibericht vom 2. August 1921. Festgenommen 13 Personen, darunter 1 wegen Körperverletzung, 2 wegen Diebstahls, 8 in Folgehaft, 1 Unbekannter.

## Veranstaltungs-Anzeiger

- Evangelischer Verein der Arbeiter und Vertrauensleute haben heute abend 8 Uhr im Saal des Rathauses eine wichtige Versammlung. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich.
- 5. Bezirk (Königsberg).  
Dienstag, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Frau Hofmeister 38. Bismarckstraße 11. Kindergruppe des Touristenvereins „Die Naturfreunde“.  
Mittwoch, 3. August: Spielen im Gutenberghaus.  
Treffen der Danziger Kinder 3 1/2 nachmittags am Stadtturm, der Danziger um 4 Uhr auf dem Langfuhrer Markt.
- Verein Arbeiterjugend Danzig-Danzig.  
Mittwoch, den 3. Aug., 7 Uhr abends: Gesangsabend bei Frau Grundbesitzerin 35.

# Aus dem Deutschen Osten.

**Wanderarbeiter-Konflikte in Pommern.** Mäherarbeiten auf Weiden zufolge haben die streikenden Stellenarbeiter das letzte Angebot der Arbeitgeber in der Lohn- und Urlaubfrage erneut abgelehnt. Darauf haben die Arbeitgeber in weiteren Orten Pommerns die Bauarbeiter aufgestellt.

**Verhaftung.** 1. Aug. In der Stadtverordnetenversammlung wurde die bisherige Grundsteuer ganz erheblich erhöht. Statt 24 Mk. pro Hund sollen für den ersten Hund 100 Mk., für den zweiten 200 Mk. usw. erhoben werden. Ketten- und Fährbünde sind steuerfrei.

**Ein Fremder im Eisenbahnzug.** Am 28. Juli wurde in Wroclaw ein Mann verhaftet, der im Zuge in einem Abteil 2. Klasse auf der Strecke Binten-Wroclaw eine Reisende geprügelt hatte. Der Täter wurde der Polizei in Wroclaw übergeben. In Wroclaw wird ein Reisender aus einem Abteil 2. Klasse und erkläre dem Fahrdienstleiter, daß er eine Dame in einem Abteil 2. Klasse erstickt habe, man möge ihn verhaften. Die Leiche wurde in dem Abteil vorgefunden. Der Täter, ein Schuhmachermeister Krieger aus Binten, wurde festgenommen. Eine weitere Nachricht zufolge handelt es sich bei der Tat um den freiwilligen Rücktritt einer Erbin. Die Leiche, die einen sofort tödlich wirkenden Stich ins Herz erlitten, wurde beklagt.

## Kleine Nachrichten.

**Demonstrationen der Hamburger Beamten.** Als Folge der von Tag zu Tag unerträglich werdenden Notlage der Beamtenschaft und Staatsangestellten von Hamburg, findet heute nachmittags auf der Moorweide eine große Kundgebung statt. Der Beamtentag und die Organisationen der Angestellten haben den Aufruf dazu erlassen und der Senat von Hamburg hat die Kundgebung genehmigt. In Königs gibt es ebenfalls einen Senat, der aber vom Schwarz-Blauen Bürgerklub gestiftet wird. Als Folge davon wird die Demonstration hier verboten. Es wird doch aufricht beschämend, wenn sich der Königs Senat gegenüber den Hamburger Kollegen dieses Kennzeichens ausstellt.

**Hamburger Fluggerätemuseum.** Aus Hamburg wird gemeldet, daß am Sonntag ein vom Bürgerverein veranstalteter Blumenfest auf der Alster stattfand. Beim Verbleiben der Boote an der Alsterlauf zwang sich die dortige Musikkapelle „Deutschland, Deutschland über alles“ zu spielen, mit dem Hinweis darauf, daß der Deutsche Arbeiterverband verboten habe, am 30. und 31. Juli

Diese Arbeit zu spielen, was verboten wurde, weil man sonst entlassen würde. Wie wir erfahren hat der Deutsche Arbeiterverband die sehr begründete Anregung gegeben, daß bei öffentlichen Konzerten die von dem Chorleiter beabsichtigten Werke nicht gespielt werden sollen. Die Hamburger Arbeiterkammer wird der Gesellschaft, die diesen Fluggerätemuseum veranstaltet, auch in diesem Jahre die richtige Antwort geben.

**Wahlprüfung deutscher Beamten und Polen.** In den letzten Tagen haben in Polen die Wahlprüfungen deutscher Nationalität ihre Kundgebung erhalten, darunter Hülshagen, die schon 28 Jahre im Dienst der Stadt stehen. Die Wahlprüfung wird damit begründet, daß an ihre Stelle Kriegsinvaliden treten sollen. Vor einiger Zeit wurden auch die deutschen Arbeiter aus der Wahlprüfung entlassen.

**Ein Lederfabrik in die Luft geflogen.** Die Niederlage der Deutschen Kunstlederfabriken in Brockwitz bei Dresden ist gestern aus unbekannter Ursache in die Luft geflogen. Drei Arbeiter wurden getötet, 14 Personen, darunter einige sehr schwer, verletzt. Der Schaden ist sehr groß.

**Banditenkampf bei Breslau.** Am Donnerstag mieteten fünf Männer in Breslau ein Automobil für eine Bandfahrt. Auf der Rückfahrt nach Breslau verlor einer der Männer seinen Hut. Als der Chauffeur diesen geholt hatte, wurde er nicht mehr in das Auto hineingelassen und zur Herausgabe seiner Wäperei gezwungen. Die Banditen wollten nun die Fahrt ohne ihn fortsetzen. Das Auto verfuhr aber. Hierauf wurde der Chauffeur unter Gelddrohung aufgefordert, sich an einem geplanten Raubzuge zu beteiligen. Der Chauffeur ging zum Schein darauf ein, erklärte aber, er müsse zunächst sein Reparaturwerkzeug aus der Stadt holen. Unterwegs begegnete er Polizeibeamten, mit denen er zu dem Banditen zurückkehrte. Diese schossen auf die herankommenden Beamten, die das Feuer erwiderten, einen Mann töteten und einen anderen verwundeten. Zwei Männer ergaben sich der Polizei, der fünfte entkam.

**Ein Jagdunfall auf Bahnhofs Angermünde.** Aus Berlin wird mitgeteilt gemeldet: 7.30 Uhr entgleiste der nur Sonntag verkehrende Zug T 1642 Straßburg-Berlin bei der Durchfahrt durch den Bahnhof Angermünde am Südausgang des Bahnhofes. Getötet wurde niemand, ein Reisender wurde erheblich, mehrere andere leichter verletzt. Neben der Lokomotive wurden drei Wagen stark beschädigt. Die Ursache des Unfalls ist bisher ungeklärt. Beide Hauptgleise Angermünde-Berlin sind gesperrt. Der Jagdunfall

Wird aber gesondert weitergemeldet. Das nach Berlin-Angermünde verkehrende Montag abfahrende, das Gleis Angermünde-Berlin heute nacht wieder frei sein.

**Fliegerausübung auf dem Montblanc.** Der Flieger Dornier, der Sonnabend um 6 Uhr von Lausanne aufstieg, ist in einer Höhe von 4810 Meter auf dem Montblanc glücklich gelandet. Am 10 Uhr begann er den Abflug.

**Ein neuer armenischer Mordmord.** Im Konstantinopel ist der Polizeikommissar für Lizenzenhandel der Sowjetrepublik Kherbedschjan, Tekut-Schan-Dschewanschi, der sich dort in einer Dienstangelegenheit auf offener Straße von einem Armenier ermordet worden. Der Täter erklärte bei seiner Festnahme, er habe den Mord aus Rache für die Greuel begangen, die der Ermordete an der armenischen Bevölkerung Kherbedschjans verübt habe.

## Standesamt vom 2. August 1921.

**Geburten:** Frau Emma Rohmann geb. Gollmann, 57 J. 8 M. — E. b. Landwehrs Johannes Friedrich, 5 M. — E. b. Kaufmanns Kurt Seelig, totgeb. — Invalide August Kirchinowich, 80 J. 8 M. — Witwe Amanda Samweg geb. Müller, 71 J. 8 M. — Schuhmacher Adolf Schmidt, 80 J. 8 M. — Witwe Maria Trendel geb. Pfaff, 57 J. 8 M. — Frau Mathilde Fiege geb. Gerswinckel, 61 J. 7 M. — Unschuldig: 1 Sohn totgeb.

## Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark (Kurs 4,10 <sup>1/2</sup> )	4,15—17 <sup>1/2</sup>	am Vortage	4,10
Dollar	81		80
Engl. Pfund	288		287
Frank. Schweiz	615		620
Schweiz. Frank.	1320		

## Wetterberichts nachrichten am 2. August 1921.

	gestern	heute	gestern	heute
Jahresmittel	-0,44	+0,42	-0,38	-0,38
Baromet.	-0,60	+0,60	-0,42	-0,42
Wind	+	+0,34	-2,30	-2,30
Therm.	-0,04	+0,08	-2,56	+2,56
Feuchtigk.	-0,17	-0,17	Schneehöhe	
Calin	-0,26	-0,28	Schneehöhe D. P.	+4,42
Brandung	-0,17	-0,17	Schneehöhe D. P.	+4,42
Ausbreitung	+0,24	+0,22	Neuschneehöhe	+2,04
Wasserspiegel	-0,33	-0,25	Neuschneehöhe	

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolge, für den Danziger Redaktionsrat und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Anzeigen Bruno Gwartz in Orla. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

**Varieté Wintergarten**  
Beginn (4738)  
Orchester 730 Uhr Telephone 1925  
Ab Montag, den 1. August:  
Gastspiel des populärsten sächsischen Komikers  
**Paul Beckers**  
in seinem urkomischen Varieté-Sketch in 3 Akten:  
**„Fliegenteufelheirats Glück“**  
Musik von Viktor Holländer  
Text von Max Neumann.  
Dazu die neuen Varietésterne.  
4739

**MODERNE KUNST LICHTSPIELE „LANGMUR“**  
Werk der Hosen-Sessels-Schläger  
**Die Macht des Blutes**  
2 Episoden: 12 Akte  
mit der wunderschönen Polin  
**Violette Napierka.**  
1. Teil: Der Tod in Venedig  
2. Teil: In der Schlage des Inders  
Ein Filmwerk, das an spannender, aufregender Handlung alles bisher Gezeigte übertrifft. Kräftig überall wochenlang überfüllte Häuser. Original-Aufnahme in Venedig und Indien.  
**Lachen und Weinen**  
Filmspiel mit Eva May. (4739)  
Kino-Café täglich wieder geöffnet.

**Rüchenschmuck**  
wegen Aufgabe des Geschäfts zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft (4719)  
Wisniewski, Töpfergasse 14, part.

**Saldenkohlenbriketts und sortierte Saldenkohle**  
mit über 6000 Wärmeeinheiten  
also Braunkohlenbriketts, ist etwa 5000 W.-E. erheblich überlegen, besonders geeignet für Hausbrand und sämtliche industriellen Feuerungen, insbesondere Kesselfeuerungen,  
markenfrei zum Zentnerpreise v. M 25 bzw. M 20  
in jeder beliebigen Menge abzugeben.  
Städt. Gaswerk am Milchpeter.  
Tel. 257 und 532. (4780)

**Zum Dominiki!**  
Katharinden und Pfeffernüsse  
loos und in Packungen, aus garantiert reinem Bienenhonig, Zucker und Mehl, gibt ab nur an  
**Wiederverkäufer**  
Danziger Teigwaren- u. Keks-Fabrik G. M.  
Danzig, Pflaßstadt 1 M. 7422

Wir empfehlen die vorzügliche  
**Havenstein-Karte**  
DOM  
**Freistaat Danzig**  
Preis 7.20 Mk.  
Buchhandlung Volkswacht  
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

**Kleine Anzeigen**  
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

**Buchdruckerei Volkswacht, J. Gehl & Co., Am Spendhaus 6**  
Sämtliche  
Geschäfts- und Familien-  
**DRUCKSACHEN**  
Massenaufgaben in Rotationsdruck  
in kürzester Frist  
**Buchhandlungen: Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32**